

Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Band: 32 (1976)
Heft: 2

Artikel: Zur Textlinguistik von Leitartikeln
Autor: Schenker, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-421199>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Textlinguistik von Leitartikeln

am Beispiel des zürcherischen „Tages-Anzeigers“

Von Prof. Dr. Walter Schenker, Trier

In den letzten Jahren hat sich als neue Sparte der Sprachwissenschaft die Textlinguistik etabliert, deren Grunderkenntnis es ist, daß der Text mehr impliziert¹ als die Summe seiner Sätze. Diese Erkenntnis sei im folgenden auf eine Serie von Leitartikeln des zürcherischen „Tages-Anzeigers“ angewandt.

Die Titelseite des „Tages-Anzeigers“ enthält auf fünf Spalten in der Regel Artikel zu verschiedenen Themen. Dabei ist der Leitartikel durch folgende Mittel kenntlich gemacht: Sein Titel hat stets den größten Schriftgrad; der Artikel ist stets gegliedert in einen kürzeren, fettgedruckten Vorspann, der die Hauptnachricht enthält, und einen nachfolgenden längeren und detaillierteren Bericht; meist ist der Leitartikel in der Mitte unter dem Kopf plaziert; er trägt zwei Titel: einen großen in Fettschrift und darüber einen kleinen in Kursiv; oft wird der Artikel von einer Fotografie oder einer Karikatur begleitet; manchmal steht in der fünften Spalte ein thematisch auf ihn bezogener „Kommentar“.

Ich wähle die durchgehende Serie der zehn „Tages-Anzeiger“-Leitartikel vom 8. bis 18. Mai 1974. Die Wahl ist willkürlich. Zur Sprache kommt ganz Verschiedenes: dreimal geht es um den Regierungswechsel in Bonn nach dem Rücktritt Brandts, die weiteren Themen sind die neue Zivilregierung in Portugal, das Scheidungsreferendum in Italien, Terroranschläge in Israel und in Dublin, die Verlängerung des Währungsbeschlusses durch den schweizerischen Bundesrat, die Finanzierung der Schweizer Erdöl- und Erdgasforschung und schließlich der Gegenvorschlag zum Expreßstraßen-Ypsilon in der Stadt Zürich.

Die Texte dieser Serie, und zwar jeweils Titel und (fettgedruckte) Leitnachricht, sollen systematisch auf unbeabsichtigte Textimplikationen hin abgesucht werden.

Der Text vom 8. Mai 1974 heißt:

„Schmidt soll Nachfolger Brandts werden
Bonn, 7. Mai (DDP/AP) Die Bundesrepublik hat seit Dienstag nur noch eine provisorische Regierung: Rund einen halben Tag nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Brandt im Zusammenhang mit dem Spionagefall Guillaume (TA vom Dienstag, Teil der Auflage) entließ Bundespräsident Gustav Heinemann Brandt und das Kabinett

¹ *impliziert*: in sich hat. — Neu ist natürlich nicht diese Erkenntnis, sondern der Versuch, exakt nachzuweisen, wie das funktioniert.
(Diese und die folgenden erklärenden Anmerkungen sind von der Schriftleitung beigelegt.)

formell aus der Regierungsverantwortung. Die Minister sollen bis zur Wahl eines neuen Bundeskanzlers, die für den Tag nach der Präsidentenwahl am 16. Mai vorgesehen ist, geschäftsführend im Amt bleiben. Als Nachfolger von Willy Brandt haben die sozialdemokratische Führung und die SPD-Bundestagsfraktion den stellvertretenden Parteivorsitzenden, Finanzminister Helmut Schmidt, vorgeschlagen. Sie folgten damit einem von Brandt selbst unterbreiteten Vorschlag. Bis zur Neuwahl des Regierungschefs wird Vizekanzler Außenminister Scheel die Amtsgeschäfte führen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner würdigte den zurückgetretenen Kanzler und sicherte ihm die Unterstützung von Fraktion und Partei zu. Brandt selbst bat um Respekt für seine Entscheidung, die er auch aus persönlicher Verantwortung gefällt habe.“

Der Titel nennt Schmidt als Subjekt und Brandt als Attribut. Das ließe erwarten, daß in der Leitnachricht in erster Linie über Schmidt, in zweiter Linie über Brandt berichtet wird. Dem ist nicht so. Die Person Brandt wird sechsmal erwähnt, Schmidt nur einmal, und dies zudem in einem Satz, wo er nicht selber handelt, sondern lediglich passivisch zum Nachfolger Brandts „vorgeschlagen“ wird. Dazu kommt ein Leitartikelfoto mit Brandt. Brandt ist demnach Hauptfigur, nicht Schmidt. Wer aber in der Leitartikelnachricht als handelnd hingestellt wird, ist auch nicht Brandt, sondern es sind Bundespräsident Heinemann (er entläßt Brandt und das Kabinett), die sozialdemokratische Führung und die SPD-Bundestagsfraktion (sie haben Schmidt als Nachfolger vorgeschlagen), Vizekanzler Scheel (er wird die Amtsgeschäfte führen) sowie Wehner (er würdigt Brandt). Im letzten Satz zwar — es ist der einzige — fungiert Brandt als Subjekt, in einem Satz jedoch, der ihn in seinem Handeln als den Abhängigen zeigt, denn Brandt „bittet“. — Die Leitnachricht spricht vom „Rücktritt“ Brandts, aber der Kommentar dazu in der fünften Spalte ist überschrieben mit „Gescheitert“. Doch das, was die grammatisch Handelnden im Text tatsächlich tun, sind mehr oder weniger bloße Rituale, die ihnen zum Teil von der Verfassung sogar vorgeschrieben sind. Und das, was als Brandts „Entscheidung“ ausgegeben wird, ist — das läßt die Leitnachricht offen — möglicherweise eine erzwungene Entscheidung; denn im Leitartikel ist weiter unten die Rede davon, daß Brandt „angeblich mit einer Erpressung durch den DDR-Spion Guillaume gedroht“ habe. Die Leitnachricht formuliert vorsichtig, der Rücktritt von Bundeskanzler Brandt sei nicht wegen, sondern „im Zusammenhang“ mit dem Spionagefall Guillaume erfolgt. Der textuelle Widerspruch jedoch zwischen Titel und Leitnachricht verrät eine gewisse Ratlosigkeit in bezug auf die Machtverhältnisse in einem modernen parlamentarischen Staat: Der Titel nach dem Muster der Königsfolge trifft nicht die Wirklichkeit, die Ab-

schilderung von automatisierten Staatsritualen aber trifft sie ebensowenig.

Der Leitartikel vom nächsten Tag, dem 9. Mai, ist lokalpolitisch:

„Über den Bau des Westastes soll eine spätere Generation entscheiden

Ein Gegenvorschlag zur Y-Initiative ist in Sicht

Zürich, 8. Mai. (TA) Die Mehrheit der Vorberatenden Kantonsratskommission, die sich mit der Standesinitiative gegen das stadtzürcherische Expreßstraßen-Ypsilon befaßt, will dem Volksbegehren einen Gegenvorschlag gegenüberstellen. Das geht aus dem am Mittwoch veröffentlichten Communiqué über die letzte Sitzung der christlichdemokratischen Kantonsfraktion hervor.“

Auch hier erweist sich die Distribution² zwischen Subjekten und Prädikaten als aufschlußreich, dann nämlich, wenn man an das Textstück die Frage heranträgt, wer denn eigentlich was will. Die Antwort fällt kompliziert aus:

Die oberste Landesbehörde, der Bund, hat im Rahmen des Nationalstraßenbaus das zürcherische Y beschlossen, das heißt eine Expreßstraßenzuleitung zu den Autobahnen in zwei Ästen. Vor allem aufgrund von Umweltschutzbedenken ist mit über 10 000 Unterschriften eine kantonale Volksinitiative gegen dieses Y zustande gekommen: die sogenannte Y-Initiative. Der Gegenvorschlag zum Y nun, der sogenannte I-Vorschlag (mit nur einem Ast) ist eine Sache der zürcherischen Kantonsratskommission. Und auf der gleichen Seite des „Tages-Anzeigers“ ist die Rede vom Zürcher Gemeinderat, der sich sowohl gegen Y wie gegen I wendet. Schließlich aber nennt der Leitartikeltitel noch ein weiteres Subjekt: es ist die spätere Generation. Tabellarisch zusammengestellt, entsprechen sechs Subjekte fünf verschiedenen Prädikaten:

Subjekt	Prädikat
Bund	will Y
„Volk“	will kein Y
„Kanton Zürich“	will kein Y
Kantonsratskommission	will kein Y, aber I
Gemeinderat der Stadt Zürich	will weder Y noch I
spätere Generation	will?

Der Text scheint somit die Prognose leicht zu machen: wenn auch der Gegenvorschlag zur Y-Initiative im Titel wie „Land in Sicht“ begrüßt wird, ist doch eher damit zu rechnen, daß gar nichts ge-

² *Distribution*. Fachausdruck der neueren Linguistik: Verteilung im Satz, Verteilung der Wörter (bzw. Begriffe, Wortinhalte) auf die verschiedenen Funktionen („Satzglieder“).

schieht und die zitierte „spätere Generation“ zu entscheiden hat. In Wirklichkeit geschieht aber folgendes:

Im September 1974 liegen den Zürchern sowohl die Y-Initiative wie der Y-Gegenvorschlag zur Abstimmung vor. Beides wird abgelehnt.

Im Februar 1975 verfügt der Bund, daß ein entscheidender Bestandteil des Y, der Milchbucktunnel, dennoch gebaut wird, zwar nur mit einer Röhre.

Die nicht beabsichtigten Textimplikationen bestätigen sich in der Wirklichkeit also so, daß da, wo sich die Referendumsdemokratie totläuft, am Schluß die Obrigkeit verfügt.

Daß aber auch der Bundesrat nicht allmächtig ist, zeigt, wieder aufgrund unbeabsichtigter Textimplikationen, der Leitartikel vom darauffolgenden Freitag, dem 10. Mai:

„Die weiterhin unsichere internationale Währungslage zwingt Bern zu Maßnahmen

Bundesrat will den Währungsbeschuß verlängern

E. G. Bern, 9. Mai. Die wegen der Erdölteuerung zusätzlich verunsicherte internationale Währungslage erfordert für die Schweiz eine Verlängerung des Bundesbeschlusses von 1971 über den Schutz der Währung um weitere drei Jahre bis zum Oktober 1977. Dies beantragt der Bundesrat dem Parlament mit einer Botschaft, die am Donnerstag veröffentlicht wurde. Ohne Verlängerung wird der Beschluß am 15. Oktober außer Kraft treten.“

Der Widerspruch in den beiden Titeln, daß im einen der Bundesrat etwas „will“ und ihn im anderen etwas „zwingt“, löst sich daraufhin auf, daß das eigentlich Handelnde offenbar die internationale Währungslage ist und nicht der schweizerische Bundesrat. Vom Text her kann dies geradezu beweiskräftig aus einem grammatischen Verstoß geschlossen werden: das Verb „verunsichern“ setzt normalerweise ein menschliches Akkusativobjekt voraus („die Währungslage verunsichert die Politiker“, aber nicht: „die Politiker verunsichern die Währungslage“); die Konstruktion „die verunsicherte Währungslage“ verstößt gegen diese Regel: in ihr ist die Währungslage, die man verunsichern kann, gewissermaßen selber menschlich — und damit auch handelnd — geworden. Kein Wunder, daß der Bundesrat offiziell „will“, inoffiziell aber einfach „gezwungen“ ist.

Der Leitartikel vom 11. Mai heißt:

„100 Mio. für Schweizer Erdöl- und Erdgasforschung

Zürich, 10. Mai. (DDP) In den nächsten sieben Jahren soll zwischen Genfer und Bodensee mit einem Aufwand von über 100 Mio. Fr. die systematische Suche nach allfällig vorhandenen Kohlenwasserstoffvorkommen in Form von Erdgas oder Erdöl vorangetrieben werden. In diesen Tagen werden, wie die Swisspetrol Holding AG, Zug, mitteilte, entsprechende Verträge zwischen den verschiedenen

regionalen Prospektionsgesellschaften der Swisspetrol und «namhaften» ausländischen Partnern abgeschlossen. Schwerpunkt der Prospektion bilden der Alpenrand und der Jura.“

Wenn in diesem Textstück keine unbeabsichtigten Textimplikationen entdeckt werden können, so mag dies daran liegen, daß die Textimplikationen hier beabsichtigt sind. Dies signalisieren die Anführungszeichen bei den „namhaften“ ausländischen Partnern im zweitletzten Satz (gemeint sind vor allem Shell und Esso). Anführungszeichen, die den Leser auf Hintergründe verweisen wollen, finden sich auch im nachfolgenden detaillierten Bericht im Satz „Mit der Hoffnung auf Fündigkeit verbindet sich «der Wille», die Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen Energieträgern zu vermindern“: ein Wille in Anführungszeichen deshalb, weil die Arbeiten ohne ausländisches Kapital gar nicht aufgenommen würden. Dieser Texthintergrund wird vollends klar durch eine Karikatur: ein Bohrturm der Swisspetrol, dessen Bohrstange auf einen Mann eindringt, der die ausländischen Ölfirmen personifiziert, mit dem Kommentar: „Äxgüsi, zuerst müssen wir Sie anbohren.“

Es ist nicht auszuschließen, daß beabsichtigte Textimplikationen das Aufkommen von unbeabsichtigten verhindern oder zumindest eindämmen, da das Potential an semantischen³ Leerstellen⁴, die wohl ein jeder Text mittransportiert, in einem beabsichtigt doppelbödigen Text verringert ist.

Der Artikel vom Montag, dem 13. Mai 1974, lautet:

„Wehner wurde mit Brandts Rücktritt in Verbindung gebracht
In Bonn jagen sich die Gerüchte
Bonn, 12. Mai. (AP/DDP) In einer Flut von Interviews, Reden und Erklärungen sind am Wochenende Spekulation und Diskussion um die Affäre Guillaume und den Rücktritt Willy Brandts fortgesetzt worden. Im Mittelpunkt stand dabei ein am Sonntagnachmittag abgegebenes hartes Dementi des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner auf Meldungen der Magazine ‚Stern‘ und ‚Spiegel‘, im Grunde habe er Brandt zum Rücktritt bewogen.“

Der Artikel ist im Zusammenhang mit demjenigen vom 8. Mai („Schmidt soll Nachfolger Brandts werden“) zu sehen. Jetzt ist von Gerüchten die Rede, ohne daß in der Leitnachricht der Inhalt dieser Gerüchte berichtet würde. Auffallend sind die passivischen

³ *semantisch*: bedeutungsmäßig.

⁴ *Leerstelle*. Fachausdruck der strukturellen Linguistik: Ein Verb beispielsweise tritt nicht für sich allein auf, sondern setzt dabei mindestens eine, bei manchen zwei oder drei Leerstellen, die im konkreten Satz durch bestimmte Wortkategorien besetzt werden müssen: Subjekt (er/ lebt), Subjekt und Objekt (er/ begießt/ die Pflanze), Subjekt und zwei Objekte (er/ gibt/ mir/ das Buch) usw.

und die nichtaktivistischen Formulierungen: Wehner *wurde in Verbindung gebracht* / In Bonn *jagen sich* die Gerüchte / In einer Flut von Interviews, Reden und Erklärungen *sind* Spekulation und Diskussion *fortgesetzt worden*. Selbst Wehner ist grammatisch nicht *Agens*⁵, Subjekt ist lediglich sein Dementi. Wenn so wenig erklärt wird, welche Gerüchte wer verbreitet, so impliziert der Text aber um so stärker, es könnten Inhalte sein, über die besser nicht berichtet wird. In der Tat ist im Leitartikel die Rede vom „Privatleben Brandts“. Der „Tages-Anzeiger“ als eine „seriöse“ Tageszeitung verzichtet lieber auf Informationen, wo er in die Nähe des Boulevards zu geraten befürchtet. Der „Tages-Anzeiger“ verschweigt, tippt aber immerhin an. Gibt damit die seriöse Zeitung zu weiteren Gerüchten nicht viel mehr Anlaß als die unseriöse, die alles direkt benennt?

Der Leitartikel vom 14. Mai handelt vom Scheidungsreferendum in Italien:

„Italien behält Scheidung bei

Rom, 13. Mai. (AFP/DPA/AP) In Italien wird die Möglichkeit der Ehescheidung, die vor vier Jahren eingeführt wurde, beibehalten. Eine Mehrheit von 59,1 Prozent stimmte ‚no‘, also gegen die Abschaffung der Scheidung. Eindeutige Mehrheiten kamen vor allem in den Städten Nord- und Mittelitaliens zusammen (Rom, Bologna, Genua usw.), während im Süden zahlreiche Orte für Abschaffung stimmten.“

Die Karikatur dazu zeigt ein Paar im Bett mit Stimmkarte, das die Parole „Divorzio Si“ / „Scheidung Ja“ an der Wand aufgehängt hat. Wer aber in Italien für die Beibehaltung der Scheidungsmöglichkeit war, hatte nicht mit „Si“ zu stimmen, sondern mit „No“. Der Karikaturist hat sich also vertan, nicht zufällig; denn vom umgangssprachlichen Textzusammenhang her — man ist entweder für die Scheidung oder gegen sie — muß sich die Abstimmungsfrage, wie sie in Italien gestellt wurde, als manipulativ ausnehmen, weil die Rechnung dahinter zu stehen scheint, daß mißverstandene „Si“-Voten unbeabsichtigt dem Referendum der Christdemokraten auf Abschaffung der Scheidung zukommen könnten. Die Leitnachricht des „Tages-Anzeigers“ expliziert neutral, daß „No“ ein Votum für die Scheidung gewesen sei; daß aber bei dieser Neutralität der Textzusammenhang das Umgekehrte implizieren kann, zeigt das Mißverständnis des Karikaturisten.

Der Leitartikel vom 15. Mai, der sich mit der Regierungsneubildung in Bonn beschäftigt, wird am besten mit demjenigen vom

⁵ *Agens* (das): der/das Handelnde; umfaßt mehr als der Begriff „Subjekt“. Vgl.: Der Vater tadelt den Sohn / Der Sohn wird vom Vater getadelt. Subjekt ist *Vater* nur im ersten Satz, *Agens* in beiden.

17. Mai zusammengenommen, der die neue Regierung in Portugal zum Thema hat.

Derjenige vom 15. Mai heißt:

„Die FDP hat wie bisher vier Ressorts — zwei Sonderministerien wurden aufgelöst

Die neue bundesdeutsche Regierung wurde gebildet

Bonn, 14. Mai. (DDP/DPA/AP) Eine Woche nach dem Rücktritt Willy Brandts haben sich in der Bundesrepublik SPD und FDP am Dienstag auf die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung unter dem designierten Bundeskanzler Helmut Schmidt und auf die Grundzüge der Regierungserklärung endgültig geeinigt. Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen, die laut Schmidt ‚in kollegialer und guter Atmosphäre‘ verliefen, wurde von den Spitzengremien beider Koalitionsparteien gebilligt.“

Und der Artikel vom 17. Mai, der über Portugal berichtet, lautet:

„Schutz der Bürger vor Amtsmissbrauch und Korruption — Offener Dialog mit den Kolonien

Portugals Zivilregierung stellte ihr Programm vor

Lissabon, 16. Mai. (AP/DDP) Am Donnerstag wurde in Lissabon die provisorische Zivilregierung unter Staatspräsident Antonio de Spínola und Ministerpräsident Adelino Palma Carlos vereidigt. Ihr Regierungsprogramm sieht unter anderem einen besseren Schutz der Bürger vor Amtsmissbrauch und Korruption und die Liberalisierung der internationalen Handelsbeziehungen vor. Mit den Kolonien soll über einen ‚offenen und aufrichtigen‘ Dialog eine Lösung nach dem Prinzip der Selbstbestimmung angestrebt werden. Bereits zu Beginn ihrer Amtszeit sieht sich die neue Regierung mit schweren Arbeitskonflikten konfrontiert.“

Den Texten nach scheint es um dasselbe Ritual zu gehen: eine neue Regierung hat die alte abgelöst, Regierungsprogramm beziehungsweise Regierungserklärung stehen fest, mit dem Unterschied, daß in Bonn alles „in kollegialer und guter Atmosphäre“ verläuft, während sich die neue Regierung in Lissabon bereits zu Beginn ihrer Amtszeit „mit schweren Arbeitskonflikten“ konfrontiert sieht. Aber dieser Unterschied scheint nach dem, was die Texte an Gemeinsamem evozieren, mehr beiläufiger Natur zu sein. Dabei weist eben dieser Unterschied zurück auf die grundlegende Differenz zwischen einem Personalwechsel in der Politik und einem Staatsformwechsel: ist doch der Regierungswechsel in der Bundesrepublik rein personell bedingt, wogegen die neue Regierung in Portugal immerhin die versuchte Wende von der Diktatur zu einer demokratischen Staatsform markiert. Wenn beide Texte lediglich Gemeinsames implizieren, so beschreiben sie die beiden grundverschiedenen Ereignisse aus der Perspektive einer neutralistischen Diplomatie, wo es allein darum geht, daß eine neue Regierung, egal welcher Herkunft und welcher Richtung, nach ihrer Anerkennung verlangt. Dies ist

aber eine so äußerliche Perspektive, daß sie der Wirklichkeit nicht gerecht werden kann, denn sie degradiert Politik zu einer Abfolge von langweiligen Ritualen. Was sich so an Textimplikationen ergibt, ist alles andere als ungefährlich, nicht zuletzt deshalb, weil dadurch dem Leser einer Tageszeitung Politik als langweiliges Einerlei vorinterpretiert wird.

Entsprechend spannender sind die beiden Leitartikel, die von der Stichprobenserie jetzt noch übrigbleiben. Beides sind Berichte über Terrorakte.

Derjenige vom 16. Mai berichtet über einen Terroranschlag in Israel:

„Israelische Kinder als Opfer des Terrors

Jerusalem, 15. Mai. (DDP/AP/AFP) Ein Geiseldrama in der Schule des Ortes Maalot in Nordisrael nahe der libanesischen Grenze hat am Mittwochnachmittag einen blutigen Ausgang genommen. Israelisches Militär stürmte die Schule, in der drei palästinische Terroristen 85 Kinder gefangenhielten. Dabei wurden mehr als 20 Menschen getötet und über 80 verletzt. Die meisten der Toten und Verletzten sind Schulkinder. Die Terroristen wollten mit der Geiselnahme die Freilassung von 23 in Israel inhaftierten Arabern erzwingen und drohten mit der Ermordung der Kinder. In Beirut meldete die „Volksdemokratische Front für die Befreiung Palästinas“ (PDFLP), die die Verantwortung für die Aktion übernommen hatte, die drei Guerilleros hätten das Schulhaus, sich und die Geiseln in die Luft gesprengt.“

Und zwei Tage später berichtet der Leitartikel vom 18. Mai 1974 über Terroranschläge in Dublin:

„Anschläge in der Irischen Republik forderten mindestens 25 Tote und über 100 Verletzte

Blutiger Bombenterror in der Dubliner Innenstadt

Dublin, 17. Mai. (AP/DPA) Eine Serie von Bombenanschlägen hat am Freitagabend in der Republik Irland 25 Tote und über 100 Schwerverletzte gefordert. In der Innenstadt von Dublin hatten unbekannte Täter in drei parkierten Autos schwere Bomben während der Hauptverkehrszeit gezündet und ein Blutbad angerichtet. Bis zum späten Abend waren 21 Tote und 81 Schwerverletzte gemeldet. Fast zur gleichen Stunde forderte eine ähnliche ‚Autobombe‘ in Monaghan im Norden der südirischen Republik vier Tote und 28 Schwerverletzte.“

Terroranschläge verhindern offenbar unbeabsichtigte Implikationen. Alles kann bei ihnen expliziert werden und wird auch expliziert: wer handelt, was passiert, wer Opfer ist: die Leitnachrichten erfüllen die klassischen Forderungen des „Wer-wo-wann-wie“ mit Ausnahme der Frage nach dem Grund. Das Aussparen des Grundes allein zeigt, daß dieser als selbstverständlich hingenommen und nicht in Frage gestellt wird. Damit hängt aber auch zusammen, daß Terroranschläge, zumal Geiselnahmen,

spannender sind als die rituell scheinenden Geschehen in der parlamentarischen Demokratie: Genau gleich, wie ein Mord im Krimi eingängiger und deswegen leichter darzustellen ist als ein Wirtschaftsverbrechen, denn es gibt den Mörder und die Leiche, läßt sich auch der Terroranschlag leichter auf das grammatisch angelegte Schema von Subjekt und Prädikat beziehen. Dieses Schema ist aber lediglich eine Bedeutungsstruktur und noch lange keine Sinnstruktur.

Auf den Gegensatz zwischen Bedeutung und Sinn läßt sich abschließend die ganze Serie an Leitartikeln projizieren, zusammen mit den aufgewiesenen Textimplikationen.

Der schweizerische „Tages-Anzeiger“ ist keine Randerscheinung. Er bezieht seine Informationen von Nachrichtenagenturen, die auch den anderen Zeitungen zur Verfügung stehen. Also ließe sich Ähnliches an unbeabsichtigten Textimplikationen auch in den Leitartikeln anderer Zeitungen aufdecken. Der „Tages-Anzeiger“ gehört ausdrücklich zu den „unabhängigen“ Zeitungen. In dieses Konzept passen die Leitnachrichten, die gewissermaßen ohne Perspektive und ohne Horizont abgefaßt sind, weil ihnen nicht der Standpunkt eines bestimmten Redaktors oder eines bestimmten Redaktionsteams zukommt. Die Redaktion zeichnet somit verantwortlich eigentlich allein für den eventuell mitgegebenen „Kommentar“, wogegen in den Leitnachrichten vorgeblich nur von den nackten Ereignissen berichtet wird — als ob es nackte Ereignisse gäbe. Ereignisse stehen nämlich stets in einem Interessenverhältnis zu demjenigen, der von ihnen berichtet, und zu demjenigen, der von ihnen erfährt. Politik ist kein automatisiertes Einerlei, das neutral und „unabhängig“ registriert werden könnte. Wenn die Parteilichkeit um jeden Preis vermieden werden soll, so zeigen die aufgewiesenen Textimplikationen, welche fragwürdige Parteilichkeiten dann unbeabsichtigt eingenommen werden.

Sprache ist offensichtlich daraufhin angelegt, daß sie nicht nur Bedeutung, sondern auch Sinn transportiert. Wo versucht wird, einen Sinntransport zu vermeiden, haben Texte trotzdem ihre Leerstellen, die in der Überinterpretation, die über die Absicht des Texterzeugers hinausgeht, sinntragend werden. Als Leerstellen bei Nachrichtentexten, die definitionsgemäß von „Ereignissen“ berichten, haben sich die Subjekt-Prädikat-Strukturen erwiesen: an ihnen haben sich die unbeabsichtigten Textimplikationen lokalisieren lassen.